

BDI-IW-Unternehmervotum



Ergebnisse der 1. Befragungswelle “Einschätzung der Maßnahmen zur Krisenbewältigung“

Bericht der

IW Consult GmbH Köln

Köln, 16. April 2009

Ansprechpartner für die Inhalte:

IW Consult GmbH
Dr. Adriana Neligan
Hauptstadtbüro
E-Mail: neligan@iwkoeln.de
Tel. (030) 27877-128
<http://www.iwconsult.de>

Zusammenfassung

Die Mehrheit der Unternehmen sieht es nicht als Aufgabe des Staates, größere Industrieunternehmen vor der Insolvenz zu retten. Die eingeleiteten Maßnahmen des Konjunkturpakets II werden eher skeptisch bewertet. Nur wenige Unternehmen sehen eine kurzfristige Kehrtwende über eine Exportstrategie. Die meisten Unternehmen verspüren allerdings auch noch keinen aufkommenden Protektionismus, der das Auslandsgeschäft erschwert. Die vorrangige Aufgabe der Europäischen Union bei der Krisenbewältigung wird in der Wiederherstellung des Finanzsektors gesehen. Auch wenn die Meinung zum Ausbau von EU-Hilfsprogrammen für von der Krise stark betroffene Mitgliedsstaaten gespalten ist, befürwortet nur ein Drittel der Unternehmen, dass die Europäische Union sich in Zurückhaltung übt und den einzelnen Ländern die Krisenbewältigung überlässt. So die Ergebnisse des BDI-IW-Unternehmervotums auf Basis von 1.265 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen, die Ende März/Anfang April 2009 befragt wurden.

1 Die wesentlichen Ergebnisse

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Wirtschafts- und Bankenkrise. Mit den Konjunkturpaketen hat die Politik bereits auf die Krise reagiert. Wie werden diese Maßnahmen jedoch in der Unternehmerwelt bewertet? Hat das Konjunkturpaket II die gewünschten Auswirkungen? Wie sollte sich die Europäische Union aktuell verhalten? Kann das bisher bewährte Zugpferd „Exportgeschäft“ Deutschland aus der Krise führen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der ersten Befragungsrunde des BDI-IW-Unternehmervotums, das eine neue Plattform ist, auf der Entscheider der deutschen Wirtschaft schnell zu aktuellen politischen Vorgängen Stellung nehmen können. Die Befragungen sollen künftig regelmäßig stattfinden. An der ersten Befragung haben sich 1.265 Unternehmen aus den Bereichen Industrie und industrienahen Dienstleistungen beteiligt.

Die Rolle des Staates bei der Rettung bedrohter Unternehmen

Es ist nicht die Aufgabe des Staates größere Industrieunternehmen vor der Insolvenz – auch aus Sorge um die Zulieferer – zu retten (**Tabelle 3-1**). So die Meinung von rund 70 Prozent der Unternehmen. Diese Einschätzung ist, wie die meisten in dieser Befragung, über die Bereiche Industrie und Dienstleistung beziehungsweise Umsatzgrößenklassen recht ähnlich. Nur ein Fünftel befürwortet, dass der Staat hier rettend einspringen sollte.

Wenn der Staat bedrohte Unternehmen unterstützt, sehen die Unternehmen in Garantien und Bürgschaften (58 Prozent) sowie Krediten (47 Prozent) mögliche Mittel. Garantien und Bürgschaften werden um so mehr als mögliche Mittel angesehen, je größer die Unternehmen sind. Nur etwa jedes zehnte Unternehmen sieht die Übernahme durch den

Staat oder eine Eigenkapitalzufuhr als sinnvolle Lösungen. Fast ein Fünftel der Unternehmen ist sogar der Meinung, dass gar keine dieser Instrumente vom Staat eingesetzt werden sollten. Betrachtet man nur die Unternehmen, die grundsätzlich für eine staatliche Rettung größerer Industrieunternehmen sind, zeigt sich hier, wenn auch deutlich verstärkt, ein ähnliches Bild.

Konjunkturpaket II – ein Ausweg aus der Krise?

Die Skepsis und Verunsicherung hinsichtlich der eingeleiteten Maßnahmen des Konjunkturpakets II sind bei den Führungskräften sehr ausgeprägt (**Tabelle 3-2**):

- Ein Viertel der Unternehmen glaubt, dass das Gesamtpaket geeignet ist, die deutsche Wirtschaft anzukurbeln. Gleichzeitig gab ein Fünftel der Unternehmen an, dies nicht beurteilen zu können. Hier herrscht also Verunsicherung vor.
- Fast neun von zehn Führungskräften stimmten zu, dass das Paket möglicherweise etwas – aber zum Preis von hoher Staatsverschuldung – helfen wird. Dies wird aber in Zukunft zu einem eingengten Handlungsspielraum führen.
- Das Paket unterstützt nur wenige Branchen, wie beispielsweise das Baugewerbe, das Handwerk oder die Autoindustrie, glauben zwei von drei Unternehmen. Ferner wird das Paket als eine eher kurzfristig angelegte Hilfe mit dauerhaften/gravierenden Wettbewerbsverzerrungen (72 Prozent) angesehen.
- Das Konjunkturpaket II soll dafür sorgen, dass die Verbraucher wieder mehr konsumieren und so die Wirtschaft ankurbeln. Dies sehen derzeit allerdings nur rund ein Fünftel der Unternehmen so. Gleichzeitig ist sich eine beträchtliche Anzahl an Unternehmen auch unsicher, ob sich das Paket positiv auf den Konsum auswirkt. Rund 18 Prozent gaben hier „weiß nicht“ an.
- Lediglich ein Drittel der Unternehmen glaubt, dass die eingeleiteten Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand für nennenswerte Impulse sorgen werden. Auch hier gaben 18 Prozent an, dies nicht beurteilen zu können.
- Sieben von zehn Unternehmen finden, dass allgemeine Steuersenkungen eine sinnvollere Alternativen gewesen wären.

Das Geschäftsmodell Exportland Nr. 1 – kein Ausweg aus der Krise

Deutschland ist auch heute noch Exportweltmeister. Seit Jahren konnte sich Deutschland auf dieses bewährte Geschäftsmodell verlassen. Ist das jetzt auch noch so? Können die Exporte so stark anziehen, dass die deutsche Wirtschaft kurzfristig (etwas bis Ende 2010) aus der Krise kommt (**Tabelle 3-3**)?

- Nur jedes fünfte Unternehmen sieht eine Belebung des Exportgeschäfts als einen kurzfristigen Weg aus der Krise. Noch skeptischer sind die Industrieunternehmen (16 Prozent). Auffallend ist auch hier wieder, dass 16 Prozent der befragten Unternehmen angaben, dies nicht beurteilen zu können.
- Deutlich optimistischer sind jedoch die Unternehmen, die bis Ende 2010 mit zunehmenden Umsatzanteilen im Auslandsgeschäft rechnen. Ein Drittel der Unternehmen mit optimistischen Erwartungen sehen eine Belebung des Exportgeschäfts als einen Ausweg aus der Krise.

Aufkommender Protektionismus – Erschwernis im Auslandsgeschäft?

Bisher verspüren die meisten Unternehmen noch keinen Protektionismus, der ihr Auslandsgeschäft erschwert (**Tabelle 3-4**):

- Für die Hälfte der Unternehmen spielt das Thema Protektionismus keine Rolle, da sie kein Auslandsgeschäft haben.
- Die andere Hälfte der Unternehmen ist im Auslandsgeschäft tätig. Auch hier zeigt sich, dass die meisten Unternehmen noch keinen massiven Protektionismus erleben. Immerhin 14 Prozent der Unternehmen gaben an, dass es einen Trend zu Protektionismus gibt. 29 Prozent der Unternehmen mit Auslandsgeschäft verspüren dies noch nicht, rechnen aber schon damit.
- Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede bei den Antworten der Unternehmen je nachdem wie die Unternehmen die Entwicklung Ihrer Umsatzanteile im Auslandsgeschäft bis Ende 2010 einschätzen. Unternehmen, die eher von einer negativen Entwicklung ihrer Umsatzanteile ausgehen, sind bereits deutlich stärker von einem aufkommenden Protektionismus betroffen oder rechnen künftig damit.

Rolle der Europäischen Union bei der Krisenbewältigung

Die vorrangige Aufgabe der Europäischen Union wird bei den Unternehmen vor allem bei der Wiederherstellung des Finanzsektors gesehen (**Tabelle 3-5**):

- Mehr als vier Fünftel der Unternehmen sprachen sich deutlich für eine europaweite Regulierung des Finanzsektors über eine stärkere und wirksamere Finanzaufsicht aus.
- Auch die schnelle Wiederherstellung der Kreditversorgung der Unternehmen sollte stärker in der Verantwortung der Europäischen Union liegen. So die mehrheitliche Meinung der befragten Unternehmen. Eine Möglichkeit hier ist die Einräumung besonderer Kreditfazilitäten bei der europäischen Investitionsbank.

Insgesamt zeigt sich, dass die Europäische Union eine stärkere Rolle bei der Krisenbewältigung spielen könnte. Nur ein Drittel der Unternehmen ist der Meinung, dass die Europäische Union sich bei der Krisenbewältigung zurückhalten und dies jedem Land selbst überlassen sollte. Gleichzeitig ist dennoch die Meinung zum Ausbau von Hilfsprogrammen für von der Krise sehr stark betroffene Mitgliedsstaaten eher gespalten und tendenziell skeptisch.

2 Das BDI-IW-Unternehmervotum

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln haben eine neue gemeinsame Plattform geschaffen, auf der Entscheider der deutschen Wirtschaft schnell zu aktuellen politischen Vorgängen Stellung nehmen können. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Befragung wird künftig vier Mal im Jahr stattfinden.

Zum Auftakt des BDI-IW-Unternehmervotums konzentrierte sich die erste Befragungsrunde mit sieben kurzen Fragen auf die Einschätzungen der Unternehmen zu den Maßnahmen zur Krisenbewältigung sowie zur Rolle der Europäischen Union hierbei. Die Online-Befragung fand zwischen dem 26. März bis 6. April 2009 statt.

Teilgenommen haben an der Befragung 1.265 Unternehmen. Die Befragung erfreute sich einer sehr hohen Beteiligungsquote von 50 Prozent. Angeschrieben wurden hierfür Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen) (**Tabelle 3-6**). Angaben für Gesamt beziehen sich im Folgenden auf eine Hochrechnung der Befragungsdaten anhand des Unternehmensregisters bezogen auf die Grundgesamtheit der erfassten Wirtschaftszweige in Deutschland.

3 Tabellenanhang

Tabelle 3-1: Rolle des Staates bei der Krisenbewältigung						
Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet						
Soll der Staat größere Industrieunternehmen vor der Insolvenz retten?						
	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Alle
	Industrie	Dienstleistung	< 1	1 - 50	ab 50	
Ja	20	21	20	21	21	20
Nein	70	71	71	71	72	71
Weiß nicht	11	8	9	7	7	9
Instrumente zur staatlichen Unterstützung bedrohter Unternehmen (Mehrfachnennungen)						
	nur Unternehmen, die für eine staatliche Regulierung sind	Umsatz in Mio. Euro			Alle	
		< 1	1 - 50	ab 50		
Garantien / Bürgschaften	79	57	63	73	58	
Kredite	62	47	43	32	47	
Eigenkapitalzufuhr	23	11	14	9	11	
Übernahme durch den Staat	15	10	7	5	9	
Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum 2009, Welle 1; Ende März/Anfang April 2009 1.265 Unternehmen der Industrie und industriennahe Dienstleistungen						

Tabelle 3-2: Wirkungen des Konjunkturpakets II			
Angaben in Prozent der Unternehmen (Mehrfachnennungen), hochgerechnet			
	Stimme zu	Stimme nicht zu	weiß nicht
Erhöhung des Konsums der Verbraucher	22	60	18
Infrastrukturmaßnahmen der öffentlichen Hand als wichtige Impulsgeber	32	50	18
Das Gesamtpaket ist geeignet, die Wirtschaft anzukurbeln.	25	54	20
Nur eine Hilfe für wenige Branchen	66	23	11
Nur eine kurzfristige Hilfe zum Preis von dauerhaften Wettbewerbsverzerrungen	72	21	7
Nur eine geringe Hilfe zum Preis von hoher Staatsverschuldung und künftig eingegengtem staatlichen Handlungsspielraum	86	9	5
Allgemeine Steuersenkungen als sinnvollere Alternative	70	24	6
<p>Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum 2009, Welle 1; Ende März/Anfang April 2009 1.265 Unternehmen der Industrie und industrienähe Dienstleistungen</p>			

Tabelle 3-3: Exportanstieg als kurzfristiger Weg aus der Krise

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Alle	ohne Auslands- geschäft	mit Umsatzerwartung im Auslandsgeschäft (bis Ende 2010)		
			Zunahme	Gleich	Abnahme
Ja	22	19	34	23	15
Nein	62	64	49	65	67
Weiß nicht	16	17	16	12	17
Branche					
	Industrie	Dienst- leistung	Umsatz in Mio. Euro		
			< 1	1 - 50	ab 50
Ja	16	23	22	24	24
Nein	69	61	62	62	64
Weiß nicht	15	16	16	14	12

Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum 2009, Welle 1; Ende März/Anfang April 2009
1.265 Unternehmen der Industrie und industrienähe Dienstleistungen

Tabelle 3-4: Aufkommender Protektionismus im Auslandsgeschäft

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Alle	mit Auslands- geschäft	mit Umsatzerwartung im Auslandsgeschäft (bis Ende 2010)		
			Zunahme	Gleich	Abnahme
Ja	4	8	7	1	18
Nein	29	58	69	61	35
Noch nicht, rechne damit	14	29	19	27	47
Nicht relevant, kein Auslandsgeschäft	51	-	-	8	-
Weiß nicht	2	5	4	2	0

Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum 2009, Welle 1; Ende März/Anfang April 2009
1.265 Unternehmen der Industrie und industrienähe Dienstleistungen

Tabelle 3-5: Rolle der Europäischen Union bei der Krisenbewältigung

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein
Zurückhaltung der EU - Krisenbewältigung auf nationaler Ebene notwendig	11	22	47	19
Ausbau der Hilfsprogramme für von der Krise stark betroffenen Mitgliedsstaaten	9	45	33	12
Ausbau der Wiederherstellung der Kreditversorgung der Unternehmen	48	41	7	5
Europaweite Regulierung über eine stärkere und wirksamere Finanzaufsicht	58	26	11	4
Anstreben einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung	16	32	35	17

Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum 2009, Welle 1; Ende März/Anfang April 2009
1.265 Unternehmen der Industrie und industrienähe Dienstleistungen

Tabelle 3-6: Struktur der Stichprobe

Anzahl der Unternehmen

	Umsatz in Mio. Euro		
	< 1	1 - 50	ab 50
Industrie	125	381	104
Dienstleistung	217	375	63

Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum 2009, Welle 1; Ende März/Anfang April 2009
1.265 Unternehmen der Industrie und industrienähe Dienstleistungen